

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Interessengesellschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren  
Heiligengeiststr. 28  
21335 Lüneburg

## Saatgut

### I Gentechnik

---

Für uns Bauern ist die Gentechnik eine Risikotechnologie. Der Streit um die Gentechnik wird mit der bevorstehenden Zulassung des Gentechnikmais 1507 neu entfacht, obwohl Bauern und Verbraucher den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen mit großer Mehrheit ablehnen.

- Wird Ihre Partei im Europäischen Parlament dafür eintreten, dass es zu einem generellen Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen kommt?

Ja. DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik grundsätzlich ab, da von ihr enorme Risiken für die gentechnikfreie Landwirtschaft, Imkerei und Umwelt ausgehen. Daher streiten wir für ein gentechnikfreies Europa.

- Wird Ihre Partei dafür eintreten, dass neben Umwelt- und gesundheitlichen Risiken auch agrarstrukturelle sowie ethische Gründe zu einem Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen führen können?

Ja. Wir fordern seit Langem, dass sozio-ökonomische Auswirkungen Teil des Zulassungsverfahrens werden.

- Wird Ihre Partei dafür eintreten, dass nationale Anbauverbote der EU-Mitgliedstaaten eine klare Rechtsgrundlage bekommen?

Ja. Lieber wäre uns allerdings ein europaweites Anbauverbot. Falls die Möglichkeit zu nationalen Anbauverboten geschaffen werden sollte, sind wir unbedingt für eine bundesweite Lösung und wollen die Entscheidung nicht auf die Ebene der Bundesländer übertragen. Je größer die GVO-Anbau-freie Region, desto besser. Solche Anbauverbote müssen souverän von den Mitgliedsstaaten entschieden werden.

- Wird Ihre Partei ohne Wenn und Aber für das Reinheitsgebot beim Saatgut und damit für die Nulltoleranz eintreten?

Ja. Darüber hinaus fordern wir, dass auch bei den Futtermitteln zur Nulltoleranz zurückgekehrt wird.

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um die hohe Einfuhr von gentechnisch veränderten Futtermitteln deutlich zu verringern und welche Aktivitäten wird Ihre Partei ergreifen, um den einheimischen Anbau von Eiweißpflanzen deutlich zu erhöhen?

Wir fordern die Forschungs- und Züchtungsarbeit im Bereich der einheimischen Eiweißfutterpflanzen zu intensivieren. Im Rahmen der EU-Agrarpolitik kommt den Leguminosen & Co. wieder mehr Aufmerksamkeit zu (Stichwort: Ökologische Vorrangflächen). Aus unserer Sicht sollte die Zahlung von EU-Agrargeldern an den Verzicht auf GVO-Anbau und Gentech-Futtermittel gekoppelt werden (GAP-Konzept der Linken von 2010).

## II Patente

---

Millionen Menschen haben per Unterschrift gegen Patente auf konventionelle Züchtung protestiert. Trotz fraktionsübergreifender Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren und deren Produkte, hält das Europäische Patentamt in München an der Patentierung von Pflanzen und Tieren fest. Es beruft sich dabei auf das Europäische Recht.

- Welche Aktivitäten wird Ihre Partei ergreifen, damit diese Praxis des Europäischen Patentamtes beendet wird?

DIE LINKE lehnt Patente auf Leben grundsätzlich ab. Sie sind weder ethisch noch ökologisch verantwortbar. Sie gefährden das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität, die biologische Vielfalt, die Agrarwirtschaft und die Forschungsfreiheit. Wir setzen uns für entsprechende Änderungen internationaler Abkommen, zum Beispiel des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) und der EU-Patentgesetzgebung, ein und fordern solche Änderungen ebenfalls im deutschen Patentgesetz vorzunehmen (vgl. Bundestags-Antrag 17/8585).

## III Saatgut

---

Der Vorschlag der Europäischen Kommission, das Saatgutverkehrsgesetz einseitig zu Gunsten der großen Saatgutkonzerne zu reformieren, ist vom Europäischen Parlament im März 2014 mit großer Mehrheit zurückgewiesen worden. Die Reform des Saatgutverkehrsgesetzes sowie die Reform des EU-Sortenschutzgesetzes stehen weiter auf der Tagesordnung in Brüssel.

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Saatgut- und Pflanzenvielfalt auf europäischen Äckern wieder herzustellen und zu sichern?

DIE LINKE will ein europäisches Saatgutrecht, welches einerseits Kundinnen und Kunden verlässliche Rahmenbedingungen für Saatgut bietet und andererseits alte, regionale Sorten nicht gefährdet. Auch die nicht-kommerzielle Weitergabe von Saatgut darf nicht eingeschränkt werden. Darüber hinaus können wir uns in Ausnahmefällen gekoppelte Prämien für Ackerkulturen vorstellen, die sonst verloren gehen würden, wollen eine verbindliche Regelung zu wirklichen Fruchtfolgen und wollen unterstützen, dass durch einen nachhaltigen Biomasse-Mix Biogas nachhaltiger produziert und die Pflanzenvielfalt auf dem Acker verbessert wird. Auch die Ökologischen Vorrangflächen sollen für mehr Anbauvielfalt genutzt werden können, allerdings ohne Pflanzenschutzmittel und mineralische Düngung. Das alles schafft auch mehr Nachfrage für Saatgutvielfalt.

-Die vielfältigen Proteste kritischer Agrar- und Umweltverbände, sowie der Zivilgesellschaft haben dazu geführt, dass das Europaparlament dem Saatgut-Vorhaben der EU die rote Karte gezeigt hat. Das war sehr wichtig. Nach der Europawahl sollte der Diskussionsprozess wieder

aufgenommen und alle relevanten Akteur\_innen einbezogen werden. Ein Saatgutrecht, welches zwischen der EU-Kommission und den Agrarkonzernen ausgehandelt wird, wird es mit der LINKEN nicht geben.

- Wie wollen Sie die Position und die Rechte der Bauern, der Saatgutvermehrter, der Gärtner, der kleinen Saatgutunternehmen, der Erhaltungs- und Biozüchter bei der Reform der EU-Saatgutverordnung stärken?

Siehe oben, aus unserer Sicht muss dies im neuen EU-Saatgutrecht als spezieller Markt weiterhin ermöglicht sein.

- Was wird Ihre Partei tun, um den freien Tausch, Handel und Zugang zu nicht kommerziellem Saatgut zu erleichtern?

Die ökologische Pflanzenzucht ist vom Anforderungsprofil mit vielen konventionellen Sorten nicht zu vergleichen. Das Recht muss dieser Vielfalt Rechnung tragen und darf die Öko-Sorten nicht in ein konventionelles Korsett zwingen. Das gleiche gilt für samenfeste Sorten.

- Wird Ihre Partei sich für angepasste Zulassungskriterien für die Biozüchtung und für samenfeste Sorten einsetzen?

Grundsätzlich steht DIE LINKE dem freien Nachbau von Saatgut sehr positiv gegenüber. Züchterinnen und Züchter sollten über einmalige Zahlungen entgolten werden. Nachbaugebühren lehnen wir ab. Stattdessen favorisieren wir beispielsweise Fondslösungen zur Saatgutforschung im allgemeinen Interesse.

- Wie steht Ihre Partei zu dem "open-source"-Gedanken im Bereich Saatgut, der es jedem Landwirt oder anderem Nutzer sowie den Züchtern von Saatgut gestattet mit Saatgut als Gemeingut (ohne Patentbremse) weiter zu arbeiten? (z.B. für bäuerliche Züchtung)

Da spricht nichts dagegen, allerdings sind die meisten Züchtungsmethoden bisher dem meisten Verbraucher\_innen unbekannt (mit Ausnahme der Agro-Gentechnik). Neben einer Kennzeichnung wäre eine seriöse unabhängige Kommunikationsstrategie notwendig, um bspw. das Smart-Breeding einfach verständlich zu machen.

- Wird Ihre Partei sich für volle Transparenz und Kennzeichnung der eingesetzten Züchtungsmethoden einsetzen?

Ja

- Wird Ihre Partei an der Auskunfts- und Gebührenpflicht der Bauern beim Nachbau von Saatgut festhalten?

Nein. DIE LINKE lehnt das ab. Wir wollen das Recht auf freien Nachbau von Saatgut sichern.

- Wird Ihre Partei sich für das uneingeschränkte Recht der Bauern auf Nachbau von Saatgut stark machen?

Ja.

Die Diskussion um die möglichen Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens USA/EU schlägt aktuell hohe Wellen, u.a. wegen möglicher negativer Auswirkungen auf die Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards und somit auch auf die bäuerliche Landwirtschaft.

- Wird Ihre Partei dafür eintreten, dass der Verhandlungsprozess des geplanten Abkommens mit völliger Transparenz begleitet wird und alle Verhandlungsdokumente für die Zivilgesellschaft zugänglich gemacht werden?
- Wird Ihre Partei für einen Stopp der Verhandlungen eintreten und sich stattdessen für faire, globale Handelsregelungen stark machen?

DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ab. Das TTIP wird, sollte es in Kraft treten, den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nützen. Konzernen soll ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird, öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums gestärkt werden. Das TTIP wird, wenn wir es nicht gemeinsam mit anderen verhindern, den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage. Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet. DIE LINKE organisiert und unterstützt deshalb Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –, die darauf gerichtet sind, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zu stoppen.